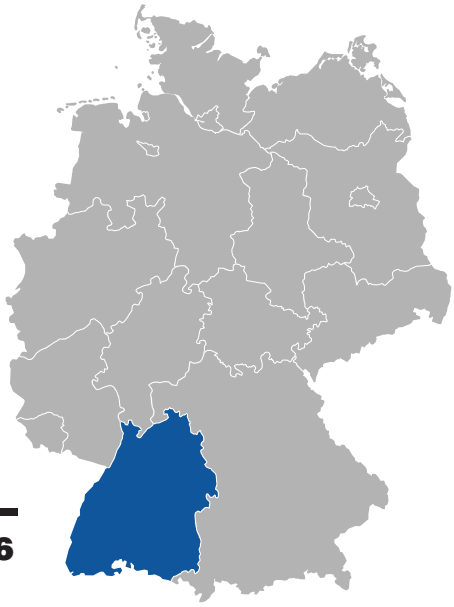


Für Prävention, Freiberuflichkeit und Versorgungssicherheit

FVDZ-Landesverband Baden-Württemberg. Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) in Baden-Württemberg traf sich Mitte Juli zur Landesversammlung in den Räumlichkeiten von Dentaurum in Ispringen. Die Versammlung verband aktuelle berufspolitische Debatten mit einem hochinteressanten wissenschaftlichen Vortrag und bot den Delegierten ausreichend Gelegenheit für einen intensiven fachlichen und standespolitischen Austausch.

Autorin: Dr. Julia Hartl

Den Auftakt bildete das Grußwort des FVDZ-Bundesvorsitzenden Dr. Christian Öttl. Er ging auf die möglichen Auswirkungen des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes ein und warnte davor, dass die darin vorgesehenen Maßnahmen erfolgreiche Präventionsstrukturen schwächen könnten. Gerade die Zahnmedizin habe eindrucksvoll gezeigt, wie durch konsequente Vorsorge, Eigenverantwortung und frühzeitige Aufklärung nachhaltige gesundheitliche Erfolge erzielt werden können. Diese Errungenschaften dürften nicht durch kurzfristige Kostendämpfungsmaßnahmen gefährdet werden.

Darüber hinaus machte Öttl deutlich, dass einzelne Regelungen des Gesetzes tief in die eigenverantwortliche zahnärztliche Berufsausübung eingreifen könnten. Eine Einschränkung der therapeutischen Entscheidungsfreiheit berühre auch die durch die Approbation gewährleistete fachliche Verantwortung der Zahnärztinnen und Zahnärzte. Die Freiberuflichkeit und die zahnärztliche Selbstverwaltung müssten daher konsequent geschützt werden.

In einem weiteren Grußwort betonte Bundesvorstandsmitglied Dr. Elisabeth Triebel die Bedeutung einer nachhaltigen standespolitischen Nachwuchsförderung. Junge Kolleginnen und Kollegen müssten frühzeitig für berufspolitische Themen begeistert und schrittweise an verantwortungsvolle Aufgaben herangeführt werden. Gleichzeitig sei es wichtig, auch diejenigen Kolleginnen und Kollegen einzubeziehen und wertzuschätzen, die bereits länger im Berufsleben stehen und sich seit vielen Jahren für den Berufsstand engagieren. Erfolgreiche Standespolitik könne nur gelingen, wenn Erfahrung und neue Perspektiven miteinander verbunden würden.

Vortrag über Zucker löst lebhafte Diskussion aus

Der fachliche Höhepunkt des Vormittags war der Vortrag „Jenseits von Karies – Zucker im Überblick“ von Friederike Schmidt, Ernährungswissenschaftlerin M. Sc. Bereits in der Einführung wurde deutlich, dass das Thema Zucker weit über die klassische Betrachtung als Kariesrisiko hinausgeht. Übermäßiger Zuckerkonsum steht auch im Zu-



© FVDZ-Landesverband Baden-Württemberg

Dr. Christian Öttl beim Grußwort – rechts davon: Landesvorstand


© FVDZ-Landesverband Baden-Württemberg

V. l. n. r.: Dr. Thomas-Rainer Schlachta (stv. Landesvorsitzender), Helen Thormählen (stv. Landesvorsitzende), Dr. Julia Hartl (stv. Bezirksvorsitzende Stuttgart), Friederike Schmidt, MSc. (Referentin), Dr. Joachim Härer (Landesvorsitzender), Dr. Christian Öttl (Bundesvorsitzender)

sammenhang mit Ernährungsgewohnheiten, metabolischen Belastungen, Entzündungsprozessen und einem erhöhten allgemeinen Präventionsbedarf.

Der Vortrag wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausgesprochen positiv aufgenommen. Die zahlreichen Fragen und die lebhafte Diskussion zeigten, wie aktuell und vielschichtig das Thema ist. Besonders eindrücklich war die Bedeutung der ersten 1.000 Lebenstage. Bereits die Zeit während der Schwangerschaft sowie die ersten Lebensjahre eines Kindes haben einen entscheidenden Einfluss auf seine weitere gesundheitliche Entwicklung. Ernährungsgewohnheiten, Geschmacksvorlieben und gesundheitliche Risiken werden in dieser frühen Phase wesentlich mitgeprägt.

Intensiv diskutiert wurde außerdem, welche Rolle Zucker im menschlichen Belohnungssystem spielt und inwieweit von einem Suchtpotenzial gesprochen werden kann. Dabei wurde deutlich, dass Zuckerkonsum nicht allein als individuelles Fehlverhalten betrachtet werden darf. Vielmehr wird das Ernährungsverhalten durch die Verfügbarkeit stark zuckerhaltiger Produkte, deren Vermarktung und gesellschaftlich etablierte Gewohnheiten beeinflusst. Prävention müsse deshalb sowohl bei der individuellen Aufklärung als auch bei den strukturellen Rahmenbedingungen ansetzen.

Vor diesem Hintergrund erhielt auch die politische Diskussion über eine Zuckersteuer besondere Aktualität. Die Landesversammlung sprach sich für die Einführung einer zweckgebundenen Zuckersteuer auf Süßgetränke aus. Diese sollte jedoch nicht isoliert erfolgen, sondern von einer langfristig und breit angelegten Aufklärungskampagne begleitet werden. Nur wenn das Bewusstsein für die gesundheitlichen Folgen eines hohen Zuckerkonsums in allen Altersgruppen und gesellschaftlichen Schichten gestärkt werde, könne eine solche Maßnahme nachhaltig wirken.

Zentrale Forderung: die Abschaffung der Budgetierung

Während der Versammlung stellte der Landesvorsitzende Dr. Joachim Härer wie immer seinen Bericht zu den aktuellen berufspolitischen Entwicklungen vor. Dabei wurde deutlich, dass die wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen für die ambulante medizinische und zahnmedizinische Versorgung zunehmend schwieriger werden. Besonders kritisch bewertete er die verschärfte Budgetierung. Während auch die Zahnärzteschaft erheblich betroffen sei, treffe die gegenwärtige Entwicklung die ärztlichen Kolleginnen und Kollegen teilweise noch stärker.

Die Budgetierung wurde als untragbarer Zustand bezeichnet, der nicht nur die wirtschaftliche Stabilität der Praxen gefährde, sondern langfristig auch die Versorgung der Patientinnen und Patienten beeinträchtige. Wer medizinische und zahnmedizinische Leistungen erbringe, müsse dafür eine angemessene Vergütung erhalten. Eine Begrenzung notwendiger Leistungen durch starre finanzielle Vorgaben stehe dem Anspruch einer bedarfsgerechten Versorgung entgegen. Die Abschaffung der Budgetierung bleibe daher eine zentrale berufspolitische Forderung.


© FVDZ-Landesverband Baden-Württemberg

Delegierte der Landesversammlung



Dr. Elisabeth Triebel beim Grußwort



Dr. Joachim Härer



Friederike Schmidt, MSc. beim Vortrag

Besondere Sorge bereitete weiterhin der im Beitragssatzstabilisierungsgesetz vorgesehene KFO-Fachzahnarztvorbehalt. Nach Einschätzung des Landesvorsitzenden könnte eine solche Regelung die bestehenden Versorgungsstrukturen erheblich beeinträchtigen und insbesondere in ländlichen Regionen zu einer Verschärfung der Unterversorgung führen. Langfristig bestehe die Gefahr, dass bis zu rund eine Million Kinder und Jugendliche keinen ausreichenden Zugang zu einer kieferorthopädischen Behandlung erhalten könnten. Eine gesundheitspolitische Regelung, die die Versorgung gerade junger Menschen erschwere, müsse daher dringend überdacht werden.

Ungelöste Honorarsituation und zu viel Bürokratie

Ein weiterer Schwerpunkt war die seit Jahrzehnten ungelöste Honorarsituation in der privaten Zahnheilkunde. Der GOZ-Punktwert wurde über einen sehr langen Zeitraum nicht an die allgemeine Kostenentwicklung angepasst. Gleichzeitig sind Personal-, Material-, Energie- und Betriebskosten erheblich gestiegen. Gefordert wurde deshalb eine automatische, indexbasierte Anpassung des GOZ-Punktwertes an die Entwicklung der Verbraucherpreise. Nur so könne dauerhaft eine qualitativ hochwertige Behandlung unter wirtschaftlich tragfähigen Bedingungen gewährleistet werden.

Ebenso deutlich fiel die Kritik an den ständig zunehmenden Dokumentations-, Kontroll- und Nachweispflichten aus. In den Praxen werde immer mehr Zeit für administrative Aufgaben gebunden, ohne dass daraus in vielen Fällen ein erkennbarer Nutzen für die Versorgung entstehe. Diese Zeit fehle für die Behandlung und Betreuung der Patientinnen und Patienten. Die Landesversammlung forderte daher, bürokratische Vorgaben konsequent zu überprüfen und auf das tatsächlich erforderliche Maß zu reduzieren. Nicht anlassbezogene Praxisbegehungen und umfangreiche Dokumentationspflichten müssten kritisch hinterfragt werden.

Auch konkrete Entlastungen wurden diskutiert. Dazu gehörten unter anderem längere Aktualisierungsintervalle für die Fachkunde und Kenntnisse im Strahlenschutz, die Abschaffung externer Erst- und Folgevalidierungen für bestimmte Kleingeräte sowie die Einführung einer Bagatellgrenze bei Regressforderungen. Diese Maßnahmen könnten den zeitlichen und finanziellen Aufwand in den Praxen verringern, ohne den Patientenschutz oder die Behandlungsqualität zu beeinträchtigen.

Zahnärzteschaft will Verantwortung übernehmen

Die im Anschluss beratenen Anträge wurden von den Delegierten einstimmig beschlossen. Damit setzte die Landesversammlung ein geschlossenes und deutliches Zeichen: für die Stärkung erfolgreicher Präventionskonzepte, für eine verlässliche und flächendeckende zahnmedizinische Versorgung, für den Schutz der Freiberuflichkeit und für eine angemessene wirtschaftliche Grundlage der Praxen.

Die Landesversammlung in Ispringen zeigte erneut, wie wichtig der gemeinsame berufspolitische Austausch ist. Wissenschaftliche Erkenntnisse, praktische Erfahrungen aus den Praxen und konkrete politische Forderungen wurden miteinander verbunden. Zugleich wurde deutlich, dass die Zahnärzteschaft bereit ist, Verantwortung zu übernehmen und sich konstruktiv in die gesundheitspolitische Debatte einzubringen – im Interesse der Patientinnen und Patienten und einer langfristig leistungsfähigen Versorgung. ■

LACALUT® aktiv BIOM*

NEU

AKTIV FÜR IHRE MUNDFLORA!

Moderne Dentalprophylaxe beginnt beim Mikrobiom



Wissenschaftlich begleitet von

MOOH® GmbH

HIPS HELMHOLTZ Institute for Pharmaceutical Research Saarland

UNIVERSITÄT DES SAARLANDES

- Detaillierte molekulare Aufschlüsselung des oralen Mikrobioms dank Next-Generation-Sequencing
- Frühzeitiges Erkennen von Dysbiosen
- Einfach durchzuführen: praktischer Speicheltest



Weitere Informationen finden Sie in unserem neuen Onlineshop
fachkreise.lacalut.de

* Vitamin D trägt zur Erhaltung normaler Zähne bei. Biotin trägt zur Erhaltung normaler Schleimhäute bei.